



Rondenbarg — der verhinderte Protest

Der Angriff kommt aus dem Nichts: Am frühen Freitagmorgen wird in einem Industriegebiet ein Demonstrationszug von der Polizei brutal zerschlagen. Zahlreiche Menschen werden verletzt, verhaftet, mit Strafverfahren überzogen. Eine Aktivistin aus Bonn berichtet.

WENN WIR ALS BETROFFENE HEUTE über den G20 Gipfel sprechen, dann reden wir vor allem über die massive Repression, die es gegen uns als Teil des Protestes gegeben hat, über unsere Erfahrungen im Gefängnis und über die Hausdurchsuchungen, die Monate nach dem Gipfel unvermittelt über uns hereingebrochen sind. Wir reden über unsere Erlebnisse auf der Straße, darüber dass wir uns bereits bei der Ankunft am Hamburger Hauptbahnhof wie in einem Film über einen Polizeistaat gefühlt haben. Wir reden darüber, dass wir in der Nacht, die wir im Volkspark-Camp verbracht haben, kaum schlafen konnten, da wir fürchteten, auch dieses Camp könnte ohne Vorwarnung von der Polizei überfallen werden. Wir reden darüber, dass es gespenstisch war, als wir am Freitagmorgen mit einem der vier Blockadefinger aus dem Camp aufgebrochen sind und auf unserem Demonstrationsweg weit und breit keinen einzigen

Polizisten gesehen haben. Dass wir da bereits von zivilen Ermittlern umringt waren, haben wir erst später erfahren.

Am frühen Freitagmorgen war die Stimmung noch gut: Obwohl die massive Polizeipräsenz, die ständige Bedrohung sowohl des Camps als auch der vorangegangenen Demonstrationen nicht spurlos an uns vorbeigegangen waren, ging es endlich um Inhalte. Schon Wochen vor dem Gipfel gab es in den Medien nur ein Thema: die befürchteten Ausschreitungen und die Sicherheit in Hamburg. Über die Politik der G20 und warum man dagegen sein könnte fiel kaum ein Wort in der öffentlichen Debatte.

Wir waren endlich auf der Straße und entschlossen, uns diesem Gipfel, dieser Politik in den Weg zu stellen. Seit Wochen hatten wir über die verfehlte Klimapolitik der G20-Staaten, über die Farce des Pariser Abkommens, über die tödliche Abschottungspolitik der EU gegenüber Geflüch-



teten, die grausamen Verbrechen des Despoten Erdoğan und den grenzenlosen Rassismus von Donald Trump diskutiert. Wir hatten Flugblätter und Broschüren geschrieben, Vorträge gehalten und Plakate aufgehängt. Wir wollten möglichst viele Menschen dazu bewegen, mit uns nach Hamburg zu fahren und endlich aufzustehen gegen den Gipfel menschenverachtender Politik, der damit geworben hatte, ein „Festival der Demokratie“ zu sein.

Die meisten von uns waren Frauen, es gab Redebeiträge, Sprechchöre und Gesang, die Demonstration war laut. Dass uns im Industriegebiet um diese Uhrzeit vermutlich niemand hörte, war uns egal. Unser Ziel war es, die Protokollroute eines Gipfelteilnehmers zu erreichen und dort durch eine Blockade die Anreise zu verzögern. Die Illusion, der Protest könnte den Gipfel verhindern, hatte niemand von uns. Doch trotz des Polizeiaufgebots, der über die Medien verbreiteten Drohungen und der Sicherheitsvorkehrungen wollten wir uns nicht davon abbringen lassen, uns dem Gipfel in den Weg zu stellen.

Unsere Demonstration dauerte kaum dreißig Minuten. Völlig unvermittelt wurden wir an der Schnackenburgallee von Polizeikräften, die plötzlich auftauchten, abgedrängt. Sie zwangen einen Teil von uns, in die kleine und unübersichtliche Straße am Rondenbarg abzubiegen und trieben

uns mit Wasserwerfereinsatz immer tiefer in diese Straße hinein. Es war unmöglich zu entkommen. Von der anderen Seite stürmten Polizisten einer sogenannten Beweissicherungs- und Festnahme Einheit (BFE) auf uns zu und zerschlugen die Reste unserer Demonstration. Binnen Sekunden lagen wir alle völlig durchnässt auf der Straße, viele waren verletzt. Beim Versuch, vor der Polizei zu fliehen, waren einige Aktivist*innen über ein Gitter auf einen tiefer liegenden Parkplatz gestürzt. Die Folge waren teilweise schwere Knochenbrüche.

Der Angriff der Polizei am Rondenbarg kam für uns aus dem Nichts. Im Nachhinein wurde uns klar, dass es eine Falle war: Wir sollten in diese menschenleere Straße laufen, verprügelt und unter dem Vorwurf des schweren Landfriedensbruches festgenommen werden. Viele Betroffene berichten, sie hätten sich gefühlt, als seien sie überfallen und gekidnappt worden. Auch nach über einem Jahr berichten viele derjenigen, die damals dabei waren, von Schlafstörungen, von Angstattacken und Vermeidungsverhalten. Sie durchleben die Szenen am Rondenbarg immer wieder und haben ständig Angst davor, noch ein-

[Dokumentation eines Überfalls: Das ARD-Magazin »Panorama« macht ein Polizeivideo des Geschehens am Rondenbarg öffentlich](#)



mal verhaftet zu werden. Bei uns allen gab es Wochen später gleichzeitig Hausdurchsuchungen – teilweise war die Polizei auch bei unseren Eltern oder im Falle einer Aktivistin sogar am Arbeitsplatz. All dies hat bei vielen retraumatisierend gewirkt. Vor kurzem erzählte ein Betroffener, er wache nachts mit Schrecken auf, wenn ein Polizeiwagen mit Sirene an seiner Wohnung vorbeifahre.

Insbesondere das, was wir im Gefängnis erlebt haben, hätten wir in Deutschland niemals für möglich gehalten: Wir mussten uns während unserer Gewahrsamnahme mehrfach nackt ausziehen und von Beamten durchsuchen lassen, uns wurden Telefonate und Gespräche mit Anwälten verwehrt, wir verbrachten mehr als 24 Stunden in den ständig beleuchteten und kahlen Zellen der Gefangenen-sammelstelle (GeSa) und wurden zum Teil mehrfach, auch nachts, in verschiedene Justizvollzugsanstalten verlegt.

Erst nach über zwanzig, teilweise mehr als dreißig Stunden Freiheitsentzug wurden wir einem Haftrichter vorgeführt. Bis dahin lebten wir in Ungewissheit darüber, was mit uns passieren würde. Wir erfuhren nicht einmal, warum wir überhaupt in Haft waren. In der GeSa durften wir nur in Begleitung auf die Toilette gehen, die Tür mussten wir dabei offen stehen lassen. Es gab nicht genug zu essen und zu trinken. Wir bekamen weder Hygienearti-

kel noch trockene Kleidung. Polizeibeamte verhöhnten und beleidigten uns und wir wurden verbal und körperlich erniedrigt. In der GeSa kam es zu unverhältnismäßiger Gewalt – Gefangenen wurde Prügel angedroht und es wurde auch zugeschlagen.

Diejenigen, die am Rondenburg verhaftet wurden, waren unterschiedlich lang in Haft: manche »nur« für einen Tag, andere für viereinhalb Monate. Warum wer von uns wie lange einsitzen musste, ist für uns nicht nachvollziehbar, denn nicht einer einzigen Person kann eine individuelle Straftat nachgewiesen werden.

Auch jetzt, nach fast eineinhalb Jahren, bleibt der G20-Gipfel für uns Thema. In den politischen Biografien der Betroffenen gibt es nun ein Davor und ein Danach. Die Erlebnisse haben uns verändert. Obwohl wir teilweise Angst davor haben, was bei künftigen Demonstrationen auf uns zukommen wird, und obwohl wir nicht wissen, wie unsere Prozesse in Hamburg enden werden, sind wir uns einig, dass wir für unsere Ideale weiterkämpfen wollen. Wir wollen weiterhin aufstehen, für eine gerechte Welt und eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen. Deswegen gehen wir weiter auf die Straße und wir werden uns auch dem nächsten Gipfel in den Weg stellen.

JULIA KAUFMANN